

einem erst dann so richtig zu Bewusstsein, wenn man sich die Gegenseite anschaut: die Optionsverengung auf Seiten der SPD und den Niedergang der SPD und ihres Personals bei Wahlen und Umfragen.

Die SPD ist über weite Strecken fremdbestimmt

Mit dem Scheitern des Neoliberalismus und der wachsenden Spaltung unserer Gesellschaft ist eine Situation eingetreten, in der solidarische und fortschrittliche Lösungen gefragt wären. Eine an diesen Werten orientierte Sozialdemokratie hätte gute Chancen. Warum nimmt die SPD sie nicht auf?

Als Erklärung für dieses Phänomen wird uns allenthalben folgende Diagnose präsentiert: mangelnde Geschlossenheit, der Linksruck, die zögerliche Unterstützung aus den eigenen Reihen für Schröders Agenda 2010. Selbst einem einigermaßen unabhängigen Autor wie dem Parteienforscher Franz Walter fällt vor allem Vordergründiges ein: Die SPD stehe ohne Zentrum, ohne Mitte da; Kommunikationsfehler, mangelhafte Synchronisierung der Spitze seien schuld; anders als zu Wehners Zeiten hielten sich auch führende Sozialdemokraten nicht an gemeinsame Beschlüsse. Doch schon der Hinweis auf Wehner, den großen Disziplinierer, stimmt nicht: Gerade Wehners Disziplinlosigkeit, von Moskau aus den damaligen Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Willy Brandt zu diffamieren (»Der Herr badet gerne lau«), hat die heute spürbare personelle und programmatische Erosion der SPD kräftig befördert.

Die eigentlichen Ursachen des Niedergangs der SPD liegen tiefer: Die innere Willensbildung der SPD – und der Grünen übrigens auch – ist über weite Strecken fremdbestimmt. Das gilt für die in der Praxis wirksame Programmatik, für die politische Strategie, für Koalitionsentscheidungen und für wichtige Personalentscheidungen. Von außen betriebene Meinungsbildung beeinflusst wichtige Beschlüsse mindestens so sehr wie innere Konstellationen und eigene Fehler.

Schon seit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler 1969 ist erkennbar, dass die konservative Rechte nicht nur versucht, mit Hilfe ihrer Medienmacht und ihrer finanziellen Macht Einfluss auf die Wählerinnen und Wähler zu bekommen, sondern auch die innere Willensbildung des politischen Gegners zu beeinflussen sucht. »Wir können nicht länger schweigen« war eine Anzeige von Spitzenmanagern überschrieben, die im November 1971 erschien und unter anderem die Steuerpolitik der SPD beeinflussen sollte. Diese Versuche halten bis heute an. Dass sie erfolgreich sind, kann man an Schröders Politik und auch daran sehen, dass die SPD-Führung bei der Formulierung des Regierungsprogramms für die Wahl 2009 davor zurückschreckte, die Wiedereinführung der Vermögensteuer zu fordern – eine Steuer, die selbst in stark neoliberal gefärbten Ländern üblich ist.

Die Anpassung an die eher rechten Glaubensmuster begann in der rot-grünen Koalition schon 1998 mit der Bereitschaft, unser Land an militärischen Einsätzen außerhalb des Nato-Bereichs, konkret an der Intervention im Kosovo-Krieg, zu beteiligen. Diese von außen erwirkte Entscheidung schwächte die SPD in ihrer inneren Struktur. In der Folge verabschiedeten sich viele engagierte Mitglieder und Wähler 1999 von der SPD, weil sie skeptisch sind gegenüber militärischen Einsätzen. Dieser Bruch wurde im Wahlkampf 2002 wieder etwas geheilt, als Gerhard Schröder sich gegen die – offene – Beteiligung am Irak-Krieg entschied und daraus ein wichtiges Wahlkampfthema machte.

Auch der Verzicht auf eine aktive makroökonomische Politik zur Förderung der Beschäftigung und die Anpassung an die Theorie der Monetaristen wie auch die Agenda 2010 waren zum großen Teil von außen bestimmt. Die Abkehr von der beschäftigungspolitischen Verantwortung folgt aus der Verinnerlichung der Sprüche der herrschenden Ökonomie über keynesianische Instrumente. Schon beim »Bündnis für Arbeit« wie auch bei der Agenda 2010 war die Bertelsmann Stiftung im Spiel. Die Regierung Schröder öffnete ihre eigene Willensbildung auch formal für den Einfluss von außen: In den Hartz-Kommissionen und der Rürup-Kommission wurden die Agenda-Politik und die Förderung der privaten

Altersvorsorge vorbereitet; Mitarbeiter von Verbänden und internationalen Rechtsanwaltskanzleien wurden zur Formulierung von Gesetzen wie etwa dem ÖPP-Beschleunigungsgesetz zur Teilprivatisierung öffentlicher Einrichtungen herangezogen. Auch die unentwegte Senkung von Unternehmensteuern und die gleichzeitige Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Punkte, die entgegen dem Versprechen im Wahlkampf 2005 erfolgte, sowie die Förderung der Heuschrecken durch Steuerbefreiung und Erleichterung des Zugangs auf den deutschen Markt sind Belege für die Fremdbestimmung der SPD. Mit der eigenen Programmatik hat dies alles nicht mehr viel zu tun. Die SPD hat sich in ihrer praktischen Politik an die konservativen Inhalte angepasst.

Bei den Grünen ist dieser Prozess mit Ausnahme des engeren Kapitels Umweltpolitik mindestens so sehr fortgeschritten. Ihre sozialkritischen Wurzeln sind weitgehend gekappt.

In der Begründung für ihre sogenannte Reformpolitik haben sich beide Parteien an die neoliberale Agitation angepasst. Sie haben über demographische Entwicklung und die angeblich völlig neue Herausforderung der Globalisierung genauso schwadroniert wie die neoliberalen Originale. Wichtige Vertreter sowohl der SPD als auch der Grünen hatten auch keine Scheu, sich mit den Kampforganisationen der neoliberalen Bewegung gemeinzu machen: Sie arbeiteten mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zusammen (Wolfgang Clement, Oswald Metzger, Florian Gerster und Christine Scheel zum Beispiel); sie lehnen sich an Bertelsmann und die Wirtschaftsverbände an und machen bei sogenannten Initiativen wie dem Konvent für Deutschland mit. Das hat nebenbei noch den Vorteil für sie, Rückhalt bei jenen Medien zu finden, die mit den erwähnten Kampforganisationen verbunden sind.

Innerparteiliche Brückenköpfe

Die Außensteuerung der Willensbildung der SPD in wichtigen Fragen wäre nicht so wirksam, wenn es nicht immer bereitwillige

Helfer innerhalb der SPD gegeben hätte: die Seeheimer, die Schröderianer und die Netzwerker (das ist eine Vereinigung jüngerer SPD-Mitglieder und Mandatsträger) sind schon wegen ihrer inhaltlichen Nähe zu den Meinungsmachern außerhalb der SPD geneigt, den Stichwortgeber zu spielen.

Außerdem ist dieses Zusammenspiel lukrativ und hilfreich für das eigene Fortkommen, jedenfalls für die eigene Publizität. Wenn man sich nämlich als Kronzeuge zur Verfügung stellt, wird man attraktiv für die Medien und für die vielfältigen Initiativen und einschlägigen Organisationen. Die »Bild«-Zeitung, »Spiegel-Online«, die »Welt«, die »Zeit«, die Talkshows – sie alle bieten Zeugen von innerhalb der SPD immer gerne ein Forum. Und zwar nicht erst seit dem Auftreten Wolfgang Clements gegen den angeblichen Linksruck in der SPD.

Solches Verhalten hat Tradition. Der frühere Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller hat schon nach der Wahl 1969 diese Methode benutzt, um sich im Schatten des neuen Bundeskanzlers Willy Brandt populär zu halten und seine Linie innerhalb der SPD durchzusetzen. Damals ohne Erfolg. Heute sind die gemeinsamen Kampagnen der sogenannten Reformer in der SPD und der Meinungsführer von außerhalb der SPD so durchsetzungsfähig, dass die SPD ihr eigenes Profil verliert. Permanent stellen sich Stichwortgeber zur Verfügung – gegen den Mindestlohn und gegen die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I, als Kronzeugen des angeblichen Linksrucks der SPD und gegen den Versuch einer Koalitionsbildung links von der Mitte.

Stichwortgeber von innen

»Clement warnt seine Partei vor dem Wortbruch.« (»Welt-Online« vom 26. Februar 2008)

»Im Bund wäre es eigentlich ganz schön, wenn wir mit denen koalieren könnten. Das würde uns das Leben erleichtern. Aber mit einer Partei, die sich im Pazifismus des 20. Jahrhunderts